

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

Nummer 124

Montag, 1. Juni 1987

Einzelpreis 90 Pfennig

### Genscher platzte die Hose



**AM TAG DER NIEDERSACHSEN** platzte Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Hose. Das Mißgeschick geschah, als sich der FDP-Politiker am Wochenende im Garten der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn gemütlich auf seinem Stuhl niederließ. Genscher verschwand eilends in den Keller der Landesvertretung. Dort wurde ihm das Beinkleid provisorisch geflickt. Vorher wurden er und Ministerin Rita Süsmuth von einem Experten der größten europäischen Aalrucherei nach „Diepholzer Art“ mit der fetten Leckerei gefüttert.  
Funkbild: dpa

**Waigel CSU-Chef in Schwaben**  
Löst Jaumann als Bezirksvorsitzender ab  
Marktoberdorf. (lby) Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn, Theo Waigel, ist beim Bezirksparteitag der schwäbischen CSU in Marktoberdorf zu deren neuem Vorsitzenden gewählt worden.

Waigel tritt die Nachfolge von Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann an, der seinen Vorsitz nach zehn Jahren an einen Mann übergeben hat, „der die schwäbische CSU in das Jahr 2000 führen kann“.

**Höherer Rentenbeitrag kommt**  
Blüm: Reform in der Legislaturperiode  
Bonn. (dpa) Auf die Dringlichkeit einer Reform der Rentenversicherung noch in dieser Legislaturperiode hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hingewiesen.

Die Bevölkerungsentwicklung könne nicht allein von den Arbeitnehmern aufgefangen werden. Deshalb müßten die Rentner in Zukunft mit niedrigeren Anpassungen als bisher rechnen, der Staat müsse seinen Zuschuß künftig fest an die Entwicklung der Ausgaben der Rentenversicherung koppeln und die Beitragszahler „müßten auch zulegen“. Allerdings halte er einen Beitragssatz in Höhe von 22 Prozent für eine „Schockgrenze“, die nicht erreicht werden dürfe.

## Bald wieder bei Eltern

Falin macht Hoffnung: Milde für den „Kreml-Flieger“?  
Moskau: Verteidigungsminister, Luftabwehrchef gefeuert

Moskau/Hamburg. (dpa) Der 19jährige Hamburger Sportflieger Mathias Rust, der gestern noch in Moskau verhört wurde, kann nach Ansicht des früheren sowjetischen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, möglicherweise mit Milde rechnen. Falin, Chefredakteur der halbamtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur „Nowosti“, sagte in einem Interview der „Hamburger Morgenpost“, er gehe davon aus, „daß der junge Mann bald seine Eltern und seine Freunde wiedersehen wird“. Negative Auswirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien durch den Vorfall nicht zu befürchten.

Aus der Landung des jungen Deutschen mit seiner „Cessna 172“ mitten auf dem Roten Platz in Moskau zog die sowjetische Führung am Samstag Konsequenzen. Auf einer Sondersitzung des Politbüros löste sie Verteidigungsminister Sergej Sokolow und den Chef der sowjetischen Luftabwehr, Alexander Koldunow, von ihren Posten ab. Die harte Reaktion der sowjetischen Führung kam selbst für erfahrene Diplomaten und Beobachter überraschend. Neuer Verteidigungsminister wurde Dmitri Jasow (64). Jasow ist ebenso wie Sokolow reiner Berufsmilitär und war zuletzt stellvertretender Verteidigungsminister und für Kaderfragen zuständig.

Der 19jährige aus Wedel bei Hamburg war am vergangenen Donnerstag, von Helsinki kommend, in den sowjetischen Luftraum eingeflogen und mit seiner Sportmaschine im Herzen Moskaus gelandet.

**Moskau ist jungem Flieger dankbar**

Auf die Frage des Blattes, wie die sowjetischen Behörden mit dem deutschen Piloten weiter verfahren würden, sagte Falin: „Zum einen wird man ihm danken, daß er uns auf diese Lücken (im Luftabwehrsystem) aufmerksam gemacht hat. Es kann sein, daß er vor Gericht

gestellt wird – das wäre normal in diesem Fall. Aber ich gehe davon aus, daß der junge Mann bald seine Eltern und seine Freunde wiedersehen wird.“

Beim Überfliegen der sowjetischen Grenze und während seines Fluges nach Moskau wurde Mathias Rust nach Angaben Falins von der sowjetischen Radarkontrolle beobachtet. „Aber man hat angenommen, daß es sich um ein sowjetisches Flugzeug handelte und hat nicht versucht, es zu identifizieren“, sagte Falin nach Angaben der Zeitung. Der Fall habe gezeigt, „wie unvollständig die Systeme sind, die errichtet wurden, um den Luftraum unter Kontrolle zu halten“.

Mit der Ablösung von Sokolow und Koldunow habe die Führung in Moskau „harte Schlußfolgerungen“ gezogen. Falin begründete diese so: „Stellen Sie sich vor, es wäre kein Sportflieger gewesen, sondern etwas anderes.“ Zur Entlassung des Luftabwehrchefs hieß es im deutschen Text der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS: „Zugleich verwies das Politbüro darauf, daß die Führung der Truppen der Luftverteidigung eine unzulässige Sorglosigkeit und Unentschlossenheit an den Tag gelegt hat, um den Flug des Luftraumverletzers ohne Waffenanwendung zu unterbinden.“ Sowjetische Jäger hatten das deutsche Flugzeug nach offiziellen Angaben zweimal umflogen.

Vertreter der Deutschen Botschaft in Moskau können Anfang der Woche mit Rust ersten Kontakt aufnehmen. Dies wurde Vertretern der deutschen Mission am Samstag im sowjetischen Außenministerium zugesichert. Weitere Einzelheiten der Begegnung teilte die Botschaft nicht mit. Über die Motive des Sensationsfluges herrscht nach wie vor Unklarheit.

(Korrespondentenbericht, Kommentar Seite 2)

## CSU: Maxhütte kein „Mini-Stahlwerk“

CSU-Oberpfalz: Für Arbeitsplätze und Sozialpläne mit allen Mitteln kämpfen

Regensburg. (lby/VWD) Für die Erhaltung des Stahlstandorts Sulzbach-Rosenberg mit einer möglichst breiten Verarbeitungstiefe und einer vielfältigen Produktionspalette hat sich der Vorstand des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz unter Leitung von Innenminister August R. Lang ausgesprochen. Ziel sei die Erhaltung der Maxhütte mit möglichst vielen Arbeitsplätzen.

Eindeutig wurde ein Mini-Stahlwerk abgelehnt. Zur Absicherung der Verpflichtungen aus früheren Sozialplänen und zur Finanzierung der noch notwendigen Sozialpläne für die Belegschaft des Konkursunternehmens müßten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Bezirksvorsitzender Lang wurde bei der Vorstandssitzung am Wochenende in Regensburg beauftragt, die Bayerische Staatsregierung um Einleitung aller notwendigen Schritte zu bitten, um baldmöglichst eine Auffanggesellschaft zu gründen.

zu machen. Selbst aktive Parteimitglieder seien über den Inhalt nicht ausreichend informiert, bis heute gebe es keine lesbare Darstellung.

Vogel beschrieb die Lage der Partei weiter als schwierig, die Talsohle sei noch nicht überwunden. Für das, was jetzt zu tun sei, habe auch er kein Patentrezept.

Nach Ansicht der künftigen SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs muß die SPD sich stärker auf ihre eigene Stärke und ihr eigenes Profil besinnen und mit ihrem Programm stärker auf den Bürger zugehen. Die Partei sei sehr mit sich selbst beschäftigt.

## Genossen um Vogel üben bittere Selbstkritik

SPD sucht neues Profil – Arbeitnehmer beklagen Erscheinungsbild – Vogel fordert Disziplin

Bonn. (dpa) Zwei Wochen vor dem Führungswechsel hat in der SPD eine Diskussion über den künftigen Kurs eingesetzt. Führende SPD-Politiker forderten am Wochenende, die Partei müsse stärkeres Profil gewinnen, um wieder „aus dem bundesweiten 30-Prozent-Turm herauszufinden“. Gleichzeitig wurde von der SPD-Spitze dazu aufgerufen, die innerparteiliche Diskussion über das Festhalten an den Parteitagebeschlüssen von Nürnberg unverzüglich zu beenden.

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, der am 14. Juni auf einem Sonderparteitag in Bonn als Nachfolger von Willy Brandt zum SPD-Vorsitzenden gewählt werden soll, verlangte von seiner Partei mehr Selbstdisziplin und eine Beendigung der ständigen Bündnisdebatten.

Auf einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD erklärte Vogel, es gebe für die SPD „kein Zurück hinter Nürnberg“. Er nannte dabei an erster Stelle den geplanten schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Der designierte Parteivorsitzende räumte allerdings ein, daß die SPD-Führung bislang zu wenig getan habe, um die Nürnberger Beschlüsse in der Öffentlichkeit bekannt

Der AfA-Bundesvorsitzende Rudolf Dreßler beklagte eine Reihe von Fehlentwicklungen in der SPD. Die Partei habe deutlich an gesellschaftlicher Kompetenz verloren. Es fehle die personelle Verankerung in fast allen Bereichen der Privatwirtschaft und den wirtschaftsnahen Dienstleistungsbereichen. CDU und FDP machten konkrete Politik für die Gegenwart, während die SPD vielfach so wirke, als interessierten sie vor allem die großen Zukunftsentwürfe, sagte Dreßler. Auch das Verhältnis zu den Gewerkschaften sei längst nicht mehr in Ordnung. Die Arbeitnehmer in der SPD seien als „bloße Befehlsempfänger und Flugblattverteiler“ ungeeignet. Sie hätten Anspruch darauf, auch die Inhalte mitzubestimmen.

Von der Parteispitze wurde Dreßlers Vorstoß mit deutlicher Zurückhaltung aufgenommen. Vogel vermied eine klare Stellungnahme.

### sport-telegramme

#### Homburg bremste FC Bayern

Nach einem 2:2 in Homburg mußte der FC Bayern München seine Meisterschaftsfeier vertagen – Krach um Schiedsrichter Föckler nach dem 0:2 im Duell der Namensvettern aus Dortmund und Mönchengladbach

#### Senna Sieger in Monaco

Der brasilianische Lotus-Honda-Fahrer Ayrton Senna gewann das Formel-1-Rennen von Monte Carlo vor seinem Landsmann Nelson Piquet auf Williams-Honda

#### Danneberg mit 67,60

Olympiasieger Rolf Danneberg schleuderte in Berlin den Diskus über 67,70 Meter, erzielte damit Jahresweltbestleistung und übertraf die Weite von Los Angeles um genau einen Meter

#### Nun Tyson gegen Tucker

Senkrechtstarter Mike Tyson knockte in Las Vegas Pinklon Thomas aus und boxt nun am 1. August gegen Tony Tucker um die Alleinherrschaft im Schwergewichtsbereich

#### Grüner erklärt Parteiaustritt

Will aber Bundestagsabgeordneter bleiben  
Bonn. (dpa) Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Thomas Wüppesahl, hat nach parteiinternen Auseinandersetzungen in seinem Ortsverband seinen Parteiaustritt erklärt. Sein Mandat im Bundestag will er aber behalten.

Wie Wüppesahl, der dem Innenausschuß des Bundestages angehört, in einer am Sonntag in Bonn verbreiteten Erklärung mitteilte, wurde ihm bei einer Versammlung in seinem Heimatwahlkreis in Gestacht bei Hamburg am Wochenende ein Gänseblümchen mit einem aufgemalten Hakenkreuz von einem Parteimitglied überreicht. Die Versammlung habe es kommentarlos hingenommen, daß er, Wüppesahl, in die Nähe zum Nazi-Faschismus gerückt worden sei, teilte der 32jährige Kriminalbeamte mit. Deshalb bleibe ihm keine andere Wahl, als die Partei zu verlassen. Er vollziehe diesen Schritt mit „Schmerz, Wut und Enttäuschung“.

## „Raketen-Gipfel“ im Bonner Kanzleramt

Kompromiß einer erweiterten Null-Lösung zeichnet sich ab – Strauß warnt

Bonn. (dpa) Der nach den Abrüstungsvorschlägen der Sowjets in der Regierungskoalition entbrannte Streit um die richtigen Schritte zum Raketenabbau soll heute bei einem „Raketengipfel“ endgültig beigelegt werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) wird mit Franz Josef Strauß (CSU) und Martin Bangemann (FDP) sowie den für Abrüstungsfragen zuständigen Ministern Hans-Dietrich Genscher (FDP), Manfred Wörner (CDU) und anderen Spitzenpolitikern der Koalition im Kanzleramt zusammenkommen. Den zustande gekommenen Kompromiß will der Bundeskanzler am

Donnerstag in einer Regierungserklärung erläutern.

Nach Berichten will Kohl seinen Gesprächspartnern eine „erweiterte Null-Lösung“ als Formel für eine deutsche Zustimmung zum Abbau nuklearer Mittelstreckenraketen vorschlagen. Dieser Kompromiß soll ein möglichst baldiges Abkommen über den Abbau von Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite über 1000 Kilometer vorsehen. Weiter würde Bonn darin auch den Abzug von Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 Kilometern in Europa zubilligen, wenn die vorhandenen 72 deutschen Raketen vom Typ Pershing IA hier stationiert bleiben.

Außerdem wolle die Bundesrepublik politische Zusicherungen für Anschlußverhandlungen über den Abbau chemischer Waffen, der konventionellen Rüstung und der Raketen unter 500 Kilometern Reichweite erhalten. Ein förmliches Junktim sei jedoch dabei nicht vorgesehen.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in der Abrüstungsfrage vor Vorleistungen des Westen an die Sowjetunion gewarnt. Die UdSSR müsse erst demonstrativ beweisen, daß sie den Gedanken der Weltrevolution, des Exports revolutionärer Ideen und das Streben nach strategischer Überlegenheit aufgeben und sich in den Kodex des normalen Zusammenlebens der Völker einfüge. Dann könne die Frage der Rüstung oder Abrüstung in einem relativ kurzen Zeitraum erledigt werden.

Strauß nannte eine beiderseitige Abrüstung im Bereich der Mittelstreckenwaffen von 500 bis 1000 Kilometer für wünschenswert. Die 72 deutschen Pershing-Raketen müßten allerdings bleiben. Im übrigen müsse alles vermieden werden, was in Ost und West dazu führen könne, eine militärische Auseinandersetzung in Europa wieder führbar zu machen.